Zeitschrift: Gewerkschaftliche Rundschau für die Schweiz : Monatsschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes

Herausgeber: Schweizerischer Gewerkschaftsbund

Band: 2 (1910)

Heft: 7

Rubrik: Lohnbewegungen und wirtschaftliche Kämpfe

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 13.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Lohnbewegungen und wirtschaftliche Kämpfe.

Der Maurerstreik in Winterthur.

(Schluss.)

Wir brauchen uns nicht damit aufzuhalten, die Wandlungen des Herrn Forrer und anderer Zöglinge der « Winterthurer Schule » nachzuweisen. Ihr früheres Verhalten lässt aber die geistige Verfassung der Winterthurer Arbeiterschaft begreifen. Wohl ist die Trennung zwischen Arbeiterschaft und demokratischem Bürgertum in Winterthur schon seit langem vollzogen. Der grösste Teil der Arbeiterschaft führt seine politischen Kämpfe unter dem Banner der Sozialdemokratie. Diese Kämpfe haben die Kluft zwischen Arbeiterschaft und Bürgertum sukzessive erweitert und die Parteiunterschiede im bürgerlichen Lager fast vollständig ausgelöscht. Der kleinbürgerlich-demokratischen Ideologie in der Arbeiterschaft vermochten die politischen Kämpfe aber nicht den Garaus zu machen; wirtschaftliche Kämpfe von Bedeutung hat Winterthur noch nicht erlebt.

Da kam der Maurerstreik wie eine Bombe in das wirtschaftliche Idyll geflogen. Was sich bisher unsichtbar kristallisiert hatte, die Interessensolidarität des Bürgertums, das trat nun mit einem Schlage sichtbar in Erscheinung. Schon von der ersten Streikwoche ab begann eine wilde Hetze gegen die Streikenden. Die wirtschaftspolitischen Kindermärchen von der Nutzlosigkeit und Unrentabilität der Streiks, des grösseren Wertes einer Lohnerhöhung gegenüber der Arbeitszeitverkürzung, wurden reichlich gespickt mit Verleumdungen der Streikenden, mit Androhung aller möglichen Repressalien. Die erwähnten Märchen fanden noch in weiten Kreisen der Winterthurer Arbeiterschaft, die noch zu den Abonnenten der bürgerlichen Presse gehören, Anklang. Es musste ein zäher, hartnäckiger Kampf gegen die rückständigen Anschauungen innert der Arbeiterschaft (die organisierte eingeschlossen) geführt werden. Der Maurerstreik hat nicht die Sympathien der einheimischen Arbeiterschaft! hiess es. Und gar mancher politisch hervorragend tätiger Genosse zog daraus den Schluss, der Maurerstreik sei eine verfehlte Aktion. Dabei wurde völlig übersehen, dass die Winterthurer Arbeiterschaft im wirtschaftlichen Kampfe überhaupt noch keine Erfahrung hatte, dass der Mangel an Sympathie für den Maurerstreik aus ihrer einseitig formalpolitischen Erziehung resultierte. Ueberhaupt ist der Ausdruck *Sympathie* nicht ganz zutreffend. Bei vielen war es die Scheu vor dem Neuen, Ungewohnten, die ein Gefühl der *Unlust* erzeugte. Es ist aber schon mancher durch einen Fluss gewatet, der grosse Scheu empfand, sich die Füsse nasszumachen. Wenn kein anderer Ausweg bleibt, überwindet man die Unlust. Dass die Arbeiterschaft nicht die Wahl hat, zu streiken oder nicht, das zu zeigen, war der Maurerstreik ein prächtiger Anlass. Wäre der Maurerstreik nicht gekommen, oder überhaupt kein wirtschaftlicher Kampf, dann hätte die sozialistische Erziehung der Winterthurer Arbeiterschaft noch weiterhin Mangel gelitten.

Gewiss ist es nicht schwer, an Hand von Schilderungen der wirtschaftlichen Kämpfe im Ausland die Verschärfung der Klassengegensätze nachzuweisen, und den Massen klarzumachen, dass insbesondere in unserer Demokratie, wo es nur mehr sehr wenige formalpolitische Aufgaben zu lösen gibt, die wirtschaftlichen Interessenkämpfe immer *reiner* zutage treten müssen. Auch die moderne gewerkschaftliche Kampfestaktik lässt sich an Hand solcher Beispiele völlig verständlich erläutern. Damit ist aber der unvermeidliche Kampf um die Verbesserung der Existenzbedingungen im eigenen Lande nicht geführt.

Solange es sich nur um einige Ratssessel dreht, insbesondere solange keine Gefahr für das bürgerliche Regime besteht, gestattet sich sogar der eine oder andere sogenannte Linksdemokrat den Luxus, von berechtigten Ansprüchen der Arbeiterschaft zu reden. Im wirtschaftlichen Kampfe scheiden sich die Interessengruppen viel reinlicher. Und so hat denn der Maurerstreik den Klassenegoismus der Besitzenden in ungeschminkter Nacktheit gezeigt. Die Arbeiterschaft brauchte nur auf diese Erscheinung hingewiesen zu werden, und — die fehlende Sympathie war da. Die dreiste Verwendung der kommunalen und staatlichen Macht zugunsten des Unternehmertums tat noch ein übriges, um zu bewirken, dass die ursprüngliche Kampfesunlust besiegt und eine wirkliche Kampfesbegeisterung ausgelöst wurde.

Die Winterthurer Arbeiterschaft hat im Laufe des Kampfes ihre Aufgabe begreifen gelernt; sobald sie sie begriff, hat sie auch ihre ganze organisatorische und agitatorische Kraft gegen die Baumeister ins Treffen geführt. Derart hat noch keine Lokalorganisation ihren ganzen politischen und wirtschaftlichen Kampfesapparat in den Dienst einer wirtschaftlichen Aktion gestellt. Mancher Genosse, der zuerst nur mit grosser Unlust seine Kraft zur Verfügung stellte, geriet in Eifer, als die Repressalien der Gegner immer ärger wurden. Natürlich hat der Maurerstreik auch sehr stark auf die politische Bewegung rückgewirkt. Die Wahlen, die während des Maurerstreiks stattfanden, gestalteten sich zu einem Plebiszit über den modernen gewerkschaftlichen Kampf. Dass der Rest der kleinbürgerlich-demokratischen Erbschaft, den die Partei bis dahin noch mitschleppte,

bei diesem Plebiszit versagte, ist selbstverständlich. Wer ein halbes Menschenalter in einem und demselben Geleise fuhr, ist nicht in wenigen Monaten von der Notwendigkeit des Geleisewechsels zu überzeugen. Von jenen Mitläufern, die durch den Maurerstreik ihre persönlichen, materiellen Interessen verletzt sahen, wollen wir gar nicht reden, obwohl ihre Zahl nicht unbedeutend ist.

Trotzdem hatten wir einen Stimmenzuwachs zu verzeichnen; die Zahl der durch den Kampf für unsere Ideen gewonnenen Proletarier ist also ziemlich gross. Es wäre schon ein hübscher Erfolg gewesen, wenn es nur gelang, den unvermeidlichen Ausfall zu decken.

Wir haben im ersten Artikel darauf hingewiesen, dass die Anteilnahme der Lokalorganisationen der Arbeiterschaft an den wirtschaftlichen Kämpfen der einzelnen Berufe an einzelnen Orten noch sehr gering ist. Es wäre ein schlechtes Zeugnis für die politische Reife der Kerntruppe des Winterthurer Proletariats, wenn sie nicht begriffen hätte, dass die politische *und* die wirtschaftliche Aktion nur Mittel zum *gleichen* Zweck sind. Und wer dies begreift, hat auch die Pflicht, den dieser Erkenntnis entgegenstehenden rückständigen Anschauungen mit aller Kraft entgegenzuwirken. Auch dann, wenn politische Niederlagen als Folge der wirtschaftlichen Kämpfe vorauszusehen sind, und den Unglücksraben scheinbar recht geben, wenn sie die Abkehr von der altbewährten bisherigen Taktik als eine Schädigung der Partei- und damit auch der Arbeiterinteressen bezeichnen. An solchen Unglücksraben ist auch bei uns kein Mangel. Mit einem Eifer, der ein dankbareres Betätigungsobjekt verdiente, wird nach Beendigung des Streikes berechnet, wie viel « rentabler » es gewesen wäre, wenn man das viele zur Durchführung des Streiks verwendete Geld dem Zwecke der Erziehung der Massen gewidmet hätte. Die guten Leutchen, die also kindlich kalkulieren, nennen sich obendrein noch Praktiker und rümpfen die Nase über die « Theoretiker », die die Verhältnisse nicht kennen. Es geht natürlich nicht an, im Rahmen dieses Aufsatzes schlüssig darzulegen, dass man nicht schwimmen lernen kann, ohne ins Wasser zu gehen. Das wird übrigens auch niemand bestreiten wollen.

Die politischen Wirkungen, die der Maurerstreik in Winterthur gezeitigt hat, sind auch in anderen von wirtschaftlichen Kämpfen heimgesuchten Orten zutage getreten. Das Unternehmertum aller Branchen schliesst sich zusammen und organisiert den Widerstand gegen die Forderungen der Arbeiterschaft nach einem einheitlichen Plane. Der Einfluss des Unternehmertums auf die Behörden und weite, nicht direkt zu ihm gehörende Bevölkerungskreise ist so gross, dass die organisierte Arbeiterschaft ganz isoliert werden kann. Die sogenannte öffentliche Meinung kann die Arbeiterschaft in der Regel nur dann für sich gewinnen, wenn sie sich in wirklich so elenden Verhältnissen befindet, dass jedermann sie als anormal empfindet. Dass die Arbeiterschaft so lange wartet, bis solche elende Verhältnisse eingetreten sind, davon kann wohl keine Rede sein. Diese würden aber eintreten, wenn die Arbeiterschaft die Auseinandersetzung mit dem Unternehmertum vertagen wollte, bis ihr der Sieg sozusagen « sicher » ist.

Der planmässig organisierte Widerstand des Unternehmertums gegen die Forderungen der Arbeiterschaft, sein Missbrauch der öffentlichen Gewalten zur Wahrung seiner Klasseninteressen ist die natürliche Folge des Erstarkens der Arbeiterorganisation. Solange diese schwach ist, lässt sich die Trennung von politischer und gewerkschaftlicher Aktion aufrechterhalten. Wir haben es also nicht zu bedauern, dass die beiden Aktionen immer mehr ineinanderfliessen. Dass die politische Aktion einen immer schärfer ausgeprägten wirtschaftlichen Charakter gewinnt, ist nicht dem Einflusse der Gewerkschafter in der sozialdemokratischen Partei zuzuschreiben, wie manche Genossen wähnen; es ist die natürliche Folge der von der kapitalistischen Entwicklung erzeugten Kooperation der Interessentengruppen. Diese Kooperationen bilden einen Staat im Staate, beeinflussen und regulieren das gesellschaftliche Leben nach ihren eigenen Gesetzen. Die Unternehmerkooperationen vermögen mit jeder Staatsform auszukommen, weil sie es sind, die die Anwendung der Gesetze bestimmen. Die dadurch benachteiligten Arbeiter können also ihre Angriffskraft nicht in dem Bestreben, bessere Gesetze zu schaffen, konzentrieren, grosse Verfassungskämpfe sind in unserem Lande ausgeschlossen. Früher haben sich die wirtschaftlichen Interessenkämpfe in Form von Verfassungskämpfen abgespielt, sind also in einer Hülle aufgetreten, die heute nicht mehr zur Verfügung steht. Die Zeiten, die Verhältnisse haben sich eben geändert. Es gibt kein wichtigeres Politikum, als es die Verkürzung der Arbeitszeit und die Erhöhung der Löhne sind. Das sind Mittel, um die Arbeiterschaft körperlich und geistig kampffähig zu machen und für die Befreiung des Proletariats aus dem kapitalistischen Joche wertvoller, als einge Dutzend Ratssitze, die nicht errungen worden sind auf Grund einer wirtschaftlich einheitlich interessierten Mehrheit. Zudem bewirkt gerade der wirtschaftliche Kampf das Erwachen der indifferenten Arbeiterschaft und legt hiermit den Grund für spätere, bleibende politische Erfolge.

So hat denn der Maurerstreik nach jeder Richtung hin klärend gewirkt. — Die Unternehmer wissen nun, wie hoch beim heutigen Stande der Arbeiterorganisation die Negierung der Arbeiterforderungen zu stehen kommt, und den Arbeitern hat er den Blick geschärft für die Erfordernisse der neuen Zeit. Es wäre Ueberhebung, von einer neuen « Winterthurer Schule » zu reden, aber immerhin ist es sicher: Das Winterthurer Beispiel, die Zusammenfassung aller proletarischen Machtmittel im gewerkschaftlichen Kampfe wird sukzessive im ganzen Lande befolgt werden.

Der *positive* Erfolg des Maurerstreiks scheint uns in diesem Faktum genügend und unanzweifelbar festgestellt zu sein. *P.....a.*

Metallarbeiter. Im Vordergrunde der vom Metallarbeiterverband gegenwärtig geführten Bewegungen stehen einstweilen immer noch die Konflikte mit den Firmen *Rieter & Cie. in Töss* und *Gebrüder Sulzer in Winterthur.*

Wiederholte Versuche des Stadtpräsidenten von Winterthur, zwischen den streitenden Parteien eine Verständigung herbeizuführen, scheiterten. Die Firma Rieter wollte nur für 20 Arbeiter die Stundenlöhne um 1 bis 2 Rappen erhöhen, die übrigen 60 streikenden oder ausgesperrten Arbeiter sollten nichts erhalten; dafür behielt sich die Firma vor, etwa 15 Arbeiter nicht wieder einzustellen. Die Arbeit nach 6 oder 7 Wochen Streik unter solchen Bedingungen wieder aufnehmen zu sollen, ist sicher eine starke Zumutung an die Streikenden.

Die Firma Gebrüder Sulzer stellte aber noch stärkere Zumutungen an ihre Arbeiter. Vorläufig sollten 10 Giesser als Opfer ihrer Rache auf der Strecke bleiben, wie viele nach Beendigung des Konfliktes nach und nach gemassregelt werden sollen, darüber würde man später mehr erfahren. Schlimmer als diese Racheakte war das Ansinnen, das die Gebrüder Sulzer an « einen Teil » der ausgesperrten Arbeiter stellten, einen Revers zu unterschreiben, wonach die betreffenden Arbeiter anerkennen, *mit der Arbeitsverweigerung einen Fehler begangen zu haben und worin sie sich verpflichten, in Zukunft die Interessen der Firma möglichst zu vertreten.*

Unter den obwaltenden Umständen einen derartigen Revers unterschreiben, hiesse einfach als Arbeiter die Streikarbeit moralisch rechtfertigen und sich zugleich verpflichten, in Zukunft seinen im Kampfe stehenden Arbeitsbrüdern widerstandslos in den Rücken zu fallen, wenn es dem Unternehmer beliebt, mit einem derartigen Verlangen an die Arbeiterschaft heranzutreten.

Der Unternehmer kann vom Arbeiter verlangen, dass dieser die Interessen des erstern wahre, so lange dabei Arbeitsfähigkeit und Arbeitsleistung, d. h. Sorgfalt, Pünktlichkeit und Fleiss bei der Ausführung der Arbeiten *allein* in Betracht kommen. Ferner kann von derartigen Pflichten die Rede sein, wenn es sich um die Wahrung der Geschäftsinteressen Konkurrenzfirmen gegenüber handelt. Wenn dagegen der Unternehmer seine wirtschaftliche Ueberlegenheit dazu benützt, die Arbeiter zu zwingen, auch dann noch ihre Arbeitskraft in den Dienst der Unternehmerinteressen zu stellen, wenn die den Arbeitern zur Ausführung übertragene Arbeit ausschliesslich dem Zweck dient, einer andern mit ihren Arbeitern in Konflikt stehenden Firma zu Hilfe zu kommen, dann treibt dieser Unternehmer *groben Missbrauch* mit seiner wirtschaftlichen Macht.

Der erste Teil des besagten Reverses, ebenso wie die schöne Rede des Herrn Sulzer-Ziegler an die Arbeiterschaft der Firma, die sich in der Hauptsache auf die schwebenden Konflikte bezieht, beweisen, dass die Gebrüder Sulzer von ihren Arbeitern mehr fordern, als Treue, Fleiss und Pünktlichkeit bei der Arbeitsleistung.

Was Herr Sulzer-Ziegler in seiner Rede behauptet, von den Arbeitern mit Recht fordern zu können und was er unter Anwendung von Gewaltmitteln bei einem Teil der Arbeiter auch durchzusetzen vermochte, ist nicht mehr und nicht minder, als **Verrat an ihren kämpfenden Arbeitsbrüdern** zu üben.

Es kommt materiell genau auf dasselbe hinaus, ob die Arbeiter der Firma Sulzer bei Rieter & Cie. als Streikbrecher eintreten, um dort die von den streikenden Arbeitern verweigerte Arbeit zu verrichten oder ob sie diese gleiche Arbeit unter dem Dach und mit den Werkzeugen eines andern Unternehmers verrichten. In beiden Fällen wird der bestreikte Unternehmer unterstützt, in seiner Position gestärkt und gleichzeitig die streikenden Arbeiter geschwächt und dadurch geschädigt.

Die Zumutung der Firma Sulzer an die Arbeiter ist um so härter, als diese durch Verrichtung von Streikarbeit ihre *eigene Sache* verraten müssen. Sie können nicht wie im Krieg die Deserteure, die zur Fahne des Gegners übergehen, den Sieg über die eigenen Kameraden etwa nachher zu ihrem Vorteil ausnützen. Wenn die streikenden Kameraden unterliegen sollten, wenn die Arbeiterorganisation geschwächt wird, so ist dadurch die Stellung der *gesamten* Arbeiterschaft geschwächt und diejenigen, die Streikarbeit verrichten, bleiben bekanntlich nach wie vor Lohnarbeiter. Sie bekommen folglich früher oder später die Konsequenzen des Misserfolges der Organisation direkt oder indirekt ebenso zu spüren, wie die Arbeiter, die im Kampfe ausgeharrt haben.

Ohne diejenigen Arbeiter entschuldigen zu wollen, die im vollen Bewusstsein ihrer Tat und ohne zwingende Not sich von Anfang an zur Ausführung von Streikarbeit herbeiliessen, möchten wir trotzdem hier darauf aufmerksam machen, dass die Mehrzahl der noch in der Sulzerschen Giesserei arbeitenden Kollegen nicht schlechthin als Streikbrecher bezeichnet werden dürfen.

Abgesehen davon, dass viele der in Frage kommenden Arbeiter nicht imstande sind, die Grenzen wahrzunehmen, wo der Gehorsam dem Unternehmer gegenüber aufhören muss, sind die Unterschiede in der wirtschaftlichen Stellung, in der Bildung, in den Charaktereigenschaften usw. so gross, dass wir es begreifen, wenn zu viele dem moralischen und materiellen Druck des mächtigsten Unternehmers in der Schweiz nicht Stand hielten.

Man hätte die Giessereiarbeiter sämtlicher Winterthurer Firmen veranlassen sollen, zum Konflikt bei Rieter & Cie. Stellung zu nehmen, ihre Situation zu erläutern, *bevor* man bei Rieter in Streik trat. Es war doch vorauszusehen, dass die Giesser anderer Firmen eventuell zur Ausführung von Streikarbeit veranlasst würden. Dies soll kein Vorwurf, sondern bloss eine Anregung für spätere Fälle sein. Man darf nichts unterlassen, Spaltungen in der Arbeiterschaft, die aus derartigen Situationen sehr leicht entstehen können, zu vermeiden.

Die wirklich Schuldigen sind jedoch nicht in den Reihen der Arbeiter zu suchen, sondern in denen der Unternehmer, in diesem Falle bei Rieter & Cie. und bei den Gebrüdern Sulzer.

Nicht umsonst hat die Firma Sulzer die Rede des Herrn Sulzer-Ziegler im Druck vervielfältigen lassen. Ihr Verhalten bedurfte einer Rechtfertigung.

Trotzdem diese Rede, sogar vom Standpunkt bürgerlicher Rechtsauffassung aus betrachtet, nichts rechtfertigt, sondern einfach den Glaubenssatz des Manchestertums: « Wer die Macht hat, der hat recht! » vertritt, werden wir auf diese Rede noch in einem besondern Aufsatz zurückkommen, der in der nächsten Nummer der « Rundschau » erscheinen soll.

Für heute möchten wir nur noch das eine betonen. Noch nie ist es der Arbeiterschaft eingefallen, die Unternehmer zu hindern, an ihrer Organisation teilzunehmen oder sich an einzelnen Unternehmern dafür zu rächen, dass die Unternehmerpresse systematisch die Forderungen der Arbeiterschaft in der gemeinsten Weise diskreditiert, die Arbeiterorganisation aufs heftigste bekämpft und deren Führer beständig verunglimpft.

Wenn die Herren Gebrüder Sulzer der Firma Rieter *selber* Streikarbeit ausführen wollen oder diese mit Geldmitteln unterstützen, so wird man sie daran ebenso wenig hindern können, als man von ihnen etwa verlangt, die bei Rieter & Cie. streikenden Arbeiter zu beschäftigen. Das aber und nichts anderes wären die Gegenstücke zu dem, was die Firma Sulzer ihren Arbeitern heute zumutet. Wer befindet sich nun in der Lage gerechter Notwehr? Und wer übte hier zuerst Klassenkampf?

* * *

Inzwischen sind die Konflikte der Metallarbeiter in Winterthur durch Vergleich beendigt worden.

Bei der Firma Rieter sind einzelnen Arbeitern Lohnaufbesserungen bis zu 20 Cts. pro Tag bewilligt worden. Bei der Firma Gebr. Sulzer konnte es sich nur noch um die Wiedereinstellung der Ausgesperrten handeln.

In beiden Firmen wurden die Streikenden und Ausgesperrten bis auf 44 Mann wieder eingestellt, das heisst ungefähr 90 % der am Kampfe beteiligten Arbeiter.

Die Ernte dieses kostspieligen Feldzuges ist für beide Parteien recht mager ausgefallen in Anbetracht der grossen Opfer, die beiderseits gebracht werden mussten. Eines ist jedoch sicher, moralisch hat die Firma Sulzer am meisten gelitten, denn *trotz aller Gewaltmittel, die sie in Anwendung bringen konnte, ist Streikarbeit nicht oder nur in sehr beschränktem Masse gemacht worden.*

* * *

Der Streik der Elektromonteure in Zürich ist auf Grund folgender Vereinbarungen beigelegt worden: Die Arbeitszeit beträgt bis zum 31. Dezember dieses Jahres $9^1/_2$ Stunden, von da ab 9 Stunden, an Samstagen und Vorabenden von gesetzlichen Feiertagen $8^1/_2$ Stunden. Der Stundenlohn wird für die auf dem Platze Zürich beschäftigten Monteure bis 31. Dezember auf 72 Rp., für Hilfsmonteure auf 62 Rp. pro Stunde festgesetzt; am 1. Januar wird der Lohn für die ersteren auf 76, für die letzteren auf 65 Rp. erhöht. Mit 1. August 1910 tritt für alle Arbeiter, die den Anfangslohn bereits erhalten haben, eine fünfprozentige Lohnerhöhung ein, während für die andern die mit 1. August dieses Jahres festgesetzten Anfangslöhne in Kraft treten. Bei Einführung der 9stündigen Arbeitszeit wird der Lohn derart erhöht, dass die Arbeiter gleichviel verdienen, wie bei der $9^1/_2$stündigen. Am 1. Juli 1912 wird der Stundenlohn für sämtliche Arbeiter um 2 Rp. erhöht. Bei Arbeiten von über zwei Kilometer vom Geschäftsdomizil entfernt, wird eine Zulage von Fr. 1. 20 für das Mittagessen gewährt, ebenso ist die Tramvergütung geregelt. Die Arbeiter erhalten für Auswärtsarbeiten eine Zulage von Fr. 3. 50 pro Tag.

Bei diesem Streik kamen zirka 100 Arbeiter in Betracht.

Brauereiarbeiter. *Der Brauerkampf beendigt. Aufhebung des Bierboykotts.* Die am 1. August im Luxhof in Zürich versammelte Delegierten-Versammlung der Brauereiarbeiter des Verbandes der Lebens- und Genussmittelarbeiter der Schweiz beschloss nach reiflicher Prüfung der Situation im Brauerkampf, den Boykott aufzuheben. Die Arbeiterunionen werden hiermit aufgefordert, für möglichst prompte Durchführung dieses Beschlusses zu sorgen.

Zentralvorstand des
Verbandes der Lebens- u. Genussmittelarbeiter
der Schweiz.

Zu dieser Meldung schreibt die «Berner Tagwacht» unter anderem folgendes:

« Es ist den Brauereiarbeitern nicht leicht gefallen, den Arbeiterunionen die Aufhebung des Bierboykotts zu empfehlen. Jetzt, da endlich die Witterung für die Boykottwirkung günstiger war, wo mit der zunehmenden Brutalität und Arroganz der Brauherren und ihrer gekauften Advokaten die Solidarität der Arbeiterklasse immer nachdrücklicher betätigt wurde, wo Mut und Opferwille der Brauereiarbeiter mit jedem weitern Tag wuchs — da konnte nur die klare Erkennung der tatsächlichen Situation, die Unterdrückung aller Gefühlsmomente, der eherne Zwang der Notwendigkeit die Delegierten veranlassen, dem Rate ihrer Verbandsleitung zu folgen und in den Abbruch des seit vier Wochen geführten Kampfes einzuwilligen. Und eben darum ist die Stellungnahme der Delegierten und ihr ausserordentlich schwerer Entschluss umso höher zu bewerten.

Gesiegt hat auf der ganzen Linie der Unternehmerverband. Es hätte keinen Sinn, dies wegzustreiten. Die Dinge lagen so, dass ein Erfolg ausgeschlossen und immer unwahrscheinlicher sein musste. Aber der Sieg der Brauereibesitzer, den ja die bürgerliche Presse bald genug in allen Tonarten verkünden wird, war kein Sieg des Rechtes und der Wahrheit. Gesiegt hat die nackte Gewalt und die Lüge, gesiegt hat aber auch der Verrat, den würdelose Arbeiter an ihrer eigenen Klasse begingen. »

Diesen Ausführungen, denen wir durchaus beipflichten, möchten wir noch beifügen, dass unter vielen Vertrauensmännern der Gewerkschaften und angesehenen Parteigenossen, die mit Recht die Vereinbarung bemängeln, kein einziger in der Lage war, etwas Besseres vorzuschlagen, das unter den gegebenen Verhältnissen Aussicht bot, noch zur Ausführung gelangen zu können.

Wenn die notwendigen Kräfte zur einheitlichen Leitung und die Mittel zur Durchführung eines so ausgedehnten Kampfes fehlen und die Zahl der Streikbrecher auf nahezu drei Viertel der Zahl der früher beschäftigten Arbeiter angewachsen ist, wenn zu alledem im allgemeinen Mangel an Disziplin und Verständnislosigkeit der Massen für die Bedeutung eines Kampfes vorherrscht, dann gibt es nur noch den Ausweg des sofortigen *Abbruchs*.

Wir müssen daher unsere Kameraden und Parteigenossen in Gewerkschaftsverbänden, Arbeiterunionen und Parteiorganisationen *dringend* auffordern, überall für *sofortige Aufhebung des Boykotts einzutreten,* um einen möglichst einheitlichen Abbruch des Kampfes zu erzielen und um die Unterstützungsaktion zugunsten der Opfer dieses Kampfes zu erleichtern. Der Brauerkampf ist damit vorläufig beendigt, auf dessen Ursachen, Verlauf und Wirkungen werden wir später noch zurückkommen.

Textilarbeiter. Der *Geschäftsgang* in der Textilindustrie ist fortwährend gedrückt. Das amerikanische Geschäft fiel dieses Jahr bedeutend schlechter aus, als im letzten. Und es ist massgebend für den Grad der Beschäftigung in den meisten unserer Textilzweige.

Es betrug die Ausfuhr von Seiden- und Baumwollwaren aus der Schweiz nach den Vereinigten Staaten von Januar bis Ende Mai:

	1910	1909
Seidene und halbseidene Stückware	2,650,300	5,452,800
Seidenbänder	1,309,900	1,895,100
Beuteltuch	489,500	502,100
Floretseide	2,339,200	2,021,300
Baumwollgarne	526,800	462,500
Baumwoll- uud Wollgewebe . . .	709,200	1,354,800
Strickwaren	810,800	736,700
Stickereien	27,127,600	27,272,700
	35,963,400	39,712,200

Trotz dem Rückgang konnte die Seidenstoffindustrie eine kleine Besserung der Preise gegenüber 1908 und eine höhere Einfuhr als 1909 (I. Quartal) erreichen.

Es wurden an halb- und ganzseidener Stückware ausgeführt:

Jan. bis April	1910	545,000 kg im Wert von Fr.	28,455,700
» » »	1909	515,400 » » » » »	27,244,900
» » »	1908	511,900 » » » » »	31,220,100

Die Trauerfeierlichkeiten anlässlich des Todes König Eduards haben der zürcherischen Seidenindustrie grosse Bestellungen in Noirs zugehalten. Wie weit diese Bestellungen die Ausfuhr beeinflussen, steht noch nicht zahlenmässig fest. Trotz alledem ist weder in der Seidenindustrie, noch in den übrigen Textilindustriezweigen ein merklicher Aufschwung zu verzeichnen. Die Depression hält immer noch an. Wenn die Geschäfte schlecht gehen, glaubt man an der Arbeiterschaft herausschinden zu können, was der Markt nicht einbringt. Dies ist in der Textilindustrie um so leichter, als es sich um fast ganz unorganisierte Arbeiter handelt. Bildet doch das Trüppchen der organisierten Textilarbeiter nur einen kleinen Prozentsatz des grossen Heeres der gesamten Textilarbeiterschaft. Aber selbst Unorganisierten wirds zu bunt. Mittwoch den 29. Juni legten gegen 500 meist unorganisierte Arbeiter und Arbeiterinnen die Arbeit mit einem Schlage nieder bei der *Firma Schwarzenbach & Cie. in Thalwil,* wo vor einigen Jahren ein grosser Streik im Sande verlief. Durch Einführung verschiedener Neuerungen, namentlich der Schnellläufer, wurden die Löhne bedeutend reduziert. Lohnausfälle von 30 und 40 Rappen pro zehn Meter und 5 Fr. pro Zahltag waren nichts Seltenes. Dabei machten die Schnellläufer grössere Ansprüche an die Arbeitskraft. Bei mangelhaften Zetteln wurden die Störungen durch den Schnelllauf als Reparaturen gerechnet, so dass die Löhne bedeutend sanken, die ohnehin schon tief genug waren. Dabei wurde von seiten des Direktors Mahler die Arbeiterschaft brutalisiert. Trotz aller aufgebotenen Mittel harrten die Arbeiterinnen und Arbeiter im Streik aus. Samstag kam es zur Verhandlung mit Rob. Schwarzenbach. Er versprach wiederholt und ausdrücklich die Aufstellung eines Tarifes. Darauf erfolgte die Aufnahme der Arbeit. Der Tarif ist inzwischen in Kraft getreten und zeigt in seinen mehr als 400 Positionen schöne Fortschritte gegenüber den früheren Zuständen. Der Streik bewirkte, dass nicht nur in Zukunft die ungerechtfertigten Abzüge wegbleiben, sondern es wurden sogar zum Teil

die Abzüge, die vor dem Streik gemacht wurden, rückvergütet. Für die Organisation bedeutet der Streik, der durch den Textilarbeiterverband geführt wurde, einen grossen Fortschritt. 225 Mitglieder wurden gewonnen. Die Sektion Thalwil hat heute zirka 600 Mitglieder, allerdings nur einen kleinen Teil der ehemaligen Schar von 1800, die vor wenigen Jahren noch in Thalwil-Adliswil dem Verband angehörten und infolge der Quertreibereien der Weckruf-Gruppe abspenstig wurden.

Der Thalwilerstreik bewirkt, dass die Seidenarbeiter sich bereits an andern Orten regen. In einer Filiale der Firma sind die Arbeiter ebenfalls in Lohnbewegung getreten. Sie fordern Bezahlung nach dem in Thalwil aufgesetzten Tarif.

Kongresse.

Schweiz. Zugspersonal-Verein.

Am 7. und 8. Mai hielt der *Schweiz. Zugspersonal-Verein* in Bellinzona die 25jährige Jubiläumsdelegiertenversammlung ab, die aus 41 Sektionen durch 131 Delegierte besucht war. Die Versammlung wurde von Zentralpräsident Theiler geleitet. Bei Abnahme des Geschäftsberichtes wird mitgeteilt, dass die Frage des passiven Wahlrechtes der Eisenbahner wahrscheinlich in der Dezembersession der eidgenössischen Räte erledigt werde, und dass der Föderativverband eidgen. Beamter, Angestellter- und Arbeiter dahin wirken werde, dass auch Eisenbahner in die gewerblichen Schiedsgerichte gewählt werden können. Das Vermögen des Vereins beläuft sich auf Fr. 259, 014. —. Nach Mitteilungen des Zentralkassiers wurden seit der Gründung des Vereins vor 25 Jahren Fr. 546,000 Kranken-, Sterbe-, Invaliden-Unterstützungsgelder ausbezahlt, ferner Franken 200,000 andere Unterstützungsgelder. Die gleiche Summe wurde für andere soziale Zwecke ausgegeben. Zum Vorort wurde der bisherige Sitz des Zentralkomitees, Olten, wieder gewählt. Als Generalsekretär wurde einstimmig der bisherige, allerdings gegenwärtig schwer krank darniederliegende Paul Brandt gewählt. Es wurde ihm eine ausserordentliche Zulage von Fr. 1000 zuerkannt. Als nächster Versammlungsort wurde Olten bestimmt. Viel zu reden gab die auch in diesem Eisenbahnerverband aufgeworfene Frage des Eintrittes in den Gewerkschaftsbund. Mit grosser Mehrheit wurde beschlossen, den Antrag an das Zentralkomitee zur Prüfung und Antragstellung an die nächste Delegiertenversammlung zu überweisen. Dem Zentralkomitee wurden ebenfalls eine Reihe Anträge überwiesen, die sich mit der Revision der Statuten befassen. Der zweite Tag der Veranstaltung war den Jubiläumsfeierlichkeiten gewidmet. — Am 2. und 22. Mai hielt der Verein *schweiz. Weichen- und Bahnwärter* seine Delegiertenversammlung in Romanshorn ab. Die Versammlung war von 82 Delegierten besucht und wurde von Zentralpräsident — Nyffenegger — Basel geleitet. Nebst Erledigung der üblichen Jahresgeschäfte und statutarischen Abänderungsanträgen hatte die Tagung sich ebenfalls mit der Frage des Eintrittes in den Gewerkschaftsbund zu befassen. Nach dreistündiger Debatte wurde der Antrag auf Eintritt abgelehnt, und zwar mit 51 gegen 13 Stimmen, ein Vermittlungsantrag, die Entscheidung über diese wichtige Frage auf einen späteren Zeitpunkt zu verlegen, vereinigte nur 21 Stimmen auf sich. Die nächste Delegiertenversammlung findet in Bern statt.

Generalunion der Uhrenarbeiter.

Am Sonntag den 17. Juli tagte im Bieler Stadthaus ein ausserordentlicher Kongress der Generalunion der Uhrenarbeiter. Es handelte sich darum, zu der Situation Stellung zu nehmen, die infolge des Ergebnisses der Urabstimmung über den Industrieverband entstanden war. Etwa 40 Delegierte vertraten sämtliche der Generalunion angeschlossenen Verbände, mit Ausnahme der Uhrensteinarbeiter (Pierristen). Den Vorsitz führte Genosse Emil Ryser. In seiner Eröffnungsrede gab Genosse Ryser bekannt, dass es sich nun darum handle, Stellung zu der aus dem Resultat der Urabstimmung über die Gründung eines Industrieverbandes entstandenen Situation zu nehmen.

Bei der Urabstimmung, deren Resultat freilich noch nicht genau bekannt ist, ergab sich bis jetzt eine schwache Mehrheit für Gründung, respektive Verschmelzung der vielen einzelnen Berufsverbände in der Uhrenindustrie zu einem Industrieverband. Einzig der Verband der Schalenmacher hatte mit 1050 gegen 780 Stimmen die Verschmelzung abgelehnt, und zwar gab die Sektion Chaux-de-Fonds dabei den Ausschlag, indem 17 kleinere Sektionen für Annahme und nur 7 für Verwerfung des Industrieverbandes gestimmt hatten.

Dies genügte immerhin, um den Hauptvorstand der Generalunion zu veranlassen, dem ausserordentlichen Kongress zu beantragen, den Industrieverband erst später in Funktion treten zu lassen. Dagegen wurde vorgeschlagen, ab 1. August nächsthin die Widerstandskasse der Generalunion, die im Jahre 1906 gegründet worden war und zurzeit über 50,000 Franken Vermögen aufweist, in Funktion treten zu lassen. Gleichzeitig mit der Annahme dieser Anträge bekundet der Kongress seinen Willen, nur die Verbände als bezugsberechtigt anzuerkennen, die ihre Rückstände in der Beitragsleistung begleichen.

Ferner beantragt der Vorstand, einen permanenten Sekretär für die Generalunion anzustellen. Der Antrag wird gutgeheissen und einstimmig beschlossen, den Genossen Achille Graber, bisheriger Metallarbeitersekretär in Genf, an diesen Posten zu berufen.

Als Sitz des Sekretärs wird Chaux-de-Fonds bestimmt und der Anfangsgehalt auf 3000 Fr. festgesetzt. Ueber den Antritt seiner neuen Stellung muss noch mit dem Metallarbeiterverband verhandelt werden.

Nachdem noch diverse interne Angelegenheiten erledigt worden sind, erstattet der Präsident einen kurzen Bericht über die seinerzeit dem Vorstand überwiesene Untersuchung betreffend die Handhabung des eidgenössischen Fabrikgesetzes im Gebiet der Uhrenindustrie.

Dabei handelt es sich in der Hauptsache um die *Heimarbeit*, die von vielen Fabrikanten und unkollegialen Arbeitern dazu benutzt wird, die Bestimmungen des Fabrikgesetzes betr. Arbeitszeit zu umgehen.

Der Bericht mündet in eine Reihe von Thesen aus, die den Vorstand der Generalunion ermächtigen, an das eidgenössische Industriedepartement zu gelangen, behufs präziser Instruktionen an die Ortsbehörden und Fabrikanten, damit die Begrenzung der Arbeitszeit nicht willkürlich durch Heimarbeit illusorisch gemacht werde.

Gleichzeitig werden die Verbandsvorstände aufgefordert, überall darauf zu achten, dass die gesetzlich festgelegte Maximalgrenze der Arbeitszeit nicht überschritten werde.

Zum Schluss wird noch ein Zusatzantrag zu diesen Thesen gutgeheissen, der die Schaffung einer besondern Kommission vorsieht, die, aus Vertretern der verschiedenen Berufsverbände zusammengesetzt, die Handhabung des Fabrikgesetzes im Gebiete der Uhrenindustrie überwachen soll. Diese Kommission soll regelmässig über die Ergebnisse ihrer Beobachtungen an den Vorstand der Generalunion Bericht erstatten und demselben etwaige